

IM BLICKPUNKT

Aktion gegen Pflegenotstand

Ministerien wollen Branche attraktiver machen

BERLIN ■ Mit einer gemeinsamen Initiative wollen die Bundesministerien für Gesundheit, Arbeit und Familien den Pflegenotstand abwenden. Mit der „Konzertierten Aktion Pflege“ sollten mehr Menschen dazu gebracht werden, „diesen verantwortungsvollen Beruf zu ergreifen“, sagte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gestern zum Start der Initiative. An der Aktion, zu der auch eine Ausbildungsinitiative gehört, beteiligen sich neben den drei Ministerien seinen Angaben nach auch mehr als 40 Repräsentanten, die aus der Branche kommen.

Spahn betonte: „Wir haben verstanden. Wir wollen etwas verändern.“ Pflegekräfte sollten ermuntert werden, in den Job zurückzukehren oder wieder Vollzeit darin zu arbeiten, erklärte Spahn. Dafür wäre auch eine Prämie denkbar. Er sprach sich für eine „gerechte Bezahlung“ sowie für attraktivere Arbeitszeiten aus. Ferner erneuerte er seine Forderung nach Fachkräften aus Balkanstaaten. Familienministerin Franziska Giffey (SPD), sagte, in Gesprächen mit Pflegekräften – die meisten seien Frauen – wünsche sich die Mehrheit mehr Zeit für ihre Patienten. „Pflegen nach der Stoppuhr muss ein Ende haben“, erklärte sie.

Derzeit kämen auf 100 offene Stellen lediglich 28 arbeitslos gemeldete Altenpfleger. Daher müsse die Ausbildung attraktiver werden. Ein Beraterteam aus 40 Personen solle künftig durch Deutschland ziehen und Schüler über Pflegeberufe informieren.

In den nächsten Jahren werde die Zahl der an einer Demenz erkrankten Menschen Jahr für Jahr um 40 000 zunehmen. „Das können wir selbst oder unsere Angehörigen sein und wir wollen, dass sie gut versorgt sind“, unterstrich Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Bei der „Konzertierten Aktion Pflege“ sollen Bund, Länder und Akteure in der Pflege innerhalb eines Jahres konkrete Maßnahmen entwickeln und deren Umsetzung vereinbaren. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz lobte die Aktion. Doch warnte Stiftungsvorstand Eugen Brysch: „Das alles wird Geld kosten.“ Die Initiative dürfe seiner Meinung nach nicht zulasten der Pflegebedürftigen gehen. Diakonie-Präsident Ulrich Lillie forderte: „Es muss zu einer spürbaren nachhaltigen und strukturellen Verbesserung für Kranke und Pflegebedürftige, für das Personal und die betroffenen Angehörigen kommen.“

■ epd

→ **Kommentar**

Das Berliner Pflegepaket

Ein erstes Pflaster

Von Martina Hummel

Es ist gut, dass die Bundesregierung die Personalnot in der Pflege anpackt, dass es eine bundeseinheitliche Regelung für Sprachtests bei Personal aus dem Ausland geben soll. Und nun wird versprochen: mehr Pfleger, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne. Das alles kostet Geld. Von einer Milliarde Euro ist die Rede.

Täglich werden im Gesundheitswesen Milliarden bewegt. Die Pflege mit all ihren Angestellten spielt da keine große Rolle. Kaum jemand würdigt die Leistung von Pflegekräften, die sie im Dienste der Menschlichkeit erbringen. Abgerechnet wird waschen, kämmen, füttern und die Gabe von Medikamenten. Wer heute in den Pflegeberuf einsteigt, der wird vielleicht noch Pflegeleitung. Das heißt: im Bundesschnitt 3359 Euro brutto im Monat. In einem Jahr

sollen nun Pläne für attraktivere Arbeitsbedingungen vorliegen. Es gibt nur wenige, die alleine sterben wollen, aber es gibt viele kluge Köpfe, die seit Jahren wissen, dass wir im Bereich Pflege vor die Wand laufen. In den nächsten Jahren werden aufgrund der demografischen Entwicklung noch viel mehr Menschen Pflege brauchen als heute. Schon jetzt reichen die Kapazitäten nicht. Was bringen da 13 000 versprochene Stellen zwischen Kiel und München? Rechnerisch ist das eine Stelle pro stationärer Einrichtung, unbesetzt sind aber 35 000 Stellen.

Die „Konzertierte Aktion Pflege“ ist nicht viel mehr als ein Pflaster, das eine klaffende Wunde schließen soll. Heute reden wieder alle über Pflege – gut so. Doch bis den Versprochen Taten folgen, kann ein jeder froh sein, wenn er fit ist und keine Pflege braucht.

